

**Michael Frein  
Tobias Reichert**

## **Nach dem Scheitern**

**Die Doha-Runde  
zwischen Intensivstation und Krematorium**

August 2006

<b>Einleitung .....</b>	<b>3</b>
<b>Landwirtschaft .....</b>	<b>3</b>
<b>NAMA (Marktzugang für nicht-landwirtschaftliche Güter).....</b>	<b>6</b>
<b>Dienstleistungen .....</b>	<b>7</b>
<b>Sonstige Verhandlungsthemen.....</b>	<b>8</b>
<b>Wie geht es weiter?.....</b>	<b>8</b>

## Einleitung

Der Zustand der Doha-Runde sei irgendwo zwischen Intensivstation und Krematorium, sagte der indische Handelsminister Kamal Nath, nachdem die Gespräche in Genf Ende Juli ausgesetzt wurden. Nach drei gescheiterten Anläufen, die auf der Ministerkonferenz in Hongkong verschobenen Entscheidungen nachzuholen, haben Generaldirektor Lamy und die einflussreichsten WTO-Mitglieder USA, EU, Brasilien, Indien, Japan und Australien, die sogenannte G-6, vorerst aufgegeben. Den vorläufigen Schlusspunkt bildete ein erneut ergebnisloses Treffen der Handelsminister der G-6 am 24. Juli. Danach erklärte Lamy, dass das Ziel, die Verhandlungen noch in diesem Jahr abzuschließen, nicht mehr zu erreichen sei. Die übrigen 143 WTO-Mitgliedern konnten die Uneinigkeit der G-6 und – teilweise unter Protest – das Aussetzen der Verhandlungen zur Kenntnis nehmen.

Die Verhandlungen seit Hongkong standen ganz im Zeichen der Landwirtschaftsproblematik. Hier gab es nicht nur keine Annäherung, sondern die in der Ministererklärung von Hongkong zum Teil noch durch Formelkompromisse verdeckten Gegensätze kamen noch schärfer zum Vorschein. Wegen der Blockade in den Agrarverhandlungen ist – zumindest formal – auch keine nennenswerte Bewegung in anderen wichtigen Verhandlungsbereichen, insbesondere beim Marktzugang für nicht-landwirtschaftliche Güter (NAMA) und bei Dienstleistungen (GATS), zu vermelden. Eine Reihe von größeren Entwicklungsländern, allen voran Brasilien, hatte allerdings relativ deutlich gemacht, dass sie hier zu weiteren Zugeständnissen bereit wären, falls sich in den Agrarverhandlungen ein für sie akzeptables Ergebnis abzeichnen würde. Diese Kompromissbereitschaft wurde in den Verhandlungen aber kaum getestet – was für die Armen in diesen Ländern wohl ebenso eine eher gute Nachricht ist wie für viele kleinere Entwicklungsländer.

Ein Blick auf den derzeitigen Verhandlungsstand und die wichtigen Konfliktpunkte in den verschiedenen Verhandlungsbereichen macht deutlich, dass die ohnehin minimalen Chancen, die Runde zu einem entwicklungsfreundlichen Ergebnis zu führen, bei einem eventuellen Neustart der Verhandlungen noch geringer wären als vor dem Kollaps. Die USA würden als Preis für eine Rückkehr an den Verhandlungstisch wohl eine noch stärkere Öffnung der Agrar- und Industriegütermärkte der Entwicklungsländer fordern.

## Landwirtschaft

Der einzige Bereich, in dem eine gewisse Annäherung der Positionen zu beobachten war, ist die Frage des Exportwettbewerbs. Das endgültige Auslaufen der Exportsubventionen im Jahr 2013 war schon in Hongkong das einzig wirklich greifbare Ergebnis der Agrarverhandlungen gewesen. Die EU, die als einziges WTO-Mitglied diese Subventionen noch in nennenswertem Umfang zahlt, hat seitdem zumindest informell erkennen lassen, dass sie von ihrem noch in Hongkong proklamierten Ziel abgerückt ist, bis 2013 keine spürbaren Änderungen vorzunehmen, und die Exportsubventionen dann auf einen Schlag abzuschaffen. Ein schrittweiser Abbau würde die künstlich subventionierte Konkurrenz gerade für viele Milchbauern in Entwicklungsländern schon früher reduzieren.

Gewisse Fortschritte gab es auch in den Diskussionen über Nahrungsmittelhilfe. Darüber, dass Nothilfe bei Katastrophen oder Missernten weiter uneingeschränkt erlaubt werden soll, besteht bereits Konsens. Umstritten ist aber noch, ob ein Notfall nur von UN-Organisationen (so die Forderung der EU), auch von den Regierungen der betroffenen Länder autonom (so die LDC), oder sogar von NGOs und wohltätigen Organisationen (so die USA) ausgerufen werden kann. Vor allem letzteres scheint problematisch, da eine Reihe von US-NGOs einen bedeutenden Teil ihres Budgets aus der Verteilung und dem Management von US-Nahrungsmittelhilfe bestreiten. Außerhalb von akuten Krisensituationen will die EU Nahrungsmittelhilfe nur noch in Form von finanzieller Hilfe für den Kauf von Lebensmitteln erlauben. Die LDC wollen dagegen die direkte Lieferung von Lebensmitteln noch im Rahmen von klar definierten und transparenten Programmen zur Unterstützung besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen zulassen. Die USA formulieren dieselben Kriterien sehr viel weicher. Unabhängig von den WTO-Verhandlungen sinkt die Nahrungsmittelhilfe tendenziell aber schon seit vielen Jahren, dagegen wird ein wachsender Anteil als akute Notfallhilfe verwendet.

Keinerlei Fortschritt gab es seit Hongkong in den Verhandlungen zur handelsverzerrenden internen Stützung. In den letzten Verhandlungsrunden erwiesen sich die internen Subventionen sogar als entscheidender Konfliktpunkt. Die USA wollten ihr Angebot, die Obergrenze für handelsverzerrende Subventionen um 50% zu kürzen, nicht verbessern. Dieses Angebot würde ihnen erlauben, die bestehenden handelsverzerrenden Programme, die mit Ausgaben von etwa 20 Milliarden US-\$ pro Jahr zu Buche schlagen, mit nur geringen Kürzungen beizubehalten. Bereits im Juli-Paket von 2004 hatten die USA durchgesetzt, dass die Kriterien für zulässige Subventionen so erweitert werden, dass ein bestehendes Programm ohne weitere Änderungen umdeklariert werden kann. Für diese sogenannte „Blaue Box“ wird zwar eine Obergrenze neu eingeführt – die liegt aber ziemlich genau auf der Höhe der US-Ausgaben für das entsprechende Programm.

Keine Bewegung gibt es auch bei der von fast allen Entwicklungsländern geforderten Verschärfung der Kriterien für die angeblich nicht handelsverzerrenden Subventionen der „Grünen Box“, die in unbegrenzter Höhe gezahlt werden dürfen. EU und USA sowie die meisten anderen Industriestaaten lehnen dies nach wie vor vehement ab.

Auch in den Verhandlungen zum Marktzugang sind seit Hongkong keine echten Fortschritte zu verzeichnen. Nach wie vor ist umstritten, wo die Grenzen zwischen den vier in Hongkong beschlossenen Zollbändern<sup>1</sup> liegen sollen, und – noch wichtiger – um welchen Prozentsatz die Zölle innerhalb der Bänder reduziert werden sollen. Während die USA zusammen mit Australien und Neuseeland extrem hohe Kürzungen von bis zu 90% im höchsten Zollband fordern, wollen agrarimportierende Industrieländer wie Japan und die Schweiz (die sogenannte G-10) hier höchstens 40% zugestehen. Die EU will die Zölle etwas stärker senken als die G-10, und die G-20 etwas weniger als die USA – allerdings mit deutlich geringeren Reduktionsverpflichtungen für Entwicklungsländer. In den Verhandlungen hat sich der Vorschlag der G-20 als Messlatte herauskristallisiert. Der Streit geht nun darum, ob der Zollabbau im Bereich „nördlich“ des G-20 Vorschlags (also mit stärkerem Zollabbau) oder „südlich“ davon

---

<sup>1</sup> Die einzelnen Agrarprodukte sollen entsprechend ihrer jeweiligen Zollhöhe vier Zollbändern zugeordnet werden. In jedem Band sollen die Zölle dann um einen festen Prozentsatz gesenkt werden, in Bändern mit höheren Zöllen soll eine stärkere Reduktion erfolgen.

statt finden soll. Die EU-Kommission hat unter dem Protest Frankreichs und 12 weiterer Mitgliedsstaaten angekündigt, einer Zollreduktionsformel „nahe beim“ G-20-Vorschlag zustimmen zu können. Auch Japan hat hier – weniger konkret – Spielraum angedeutet. Die USA hielten dies allerdings nicht ausreichend, um ihr eigenes Angebot zur Senkung der internen Stützung zu verbessern.

Die USA begründeten ihre harte Haltung auch damit, dass zusätzlich zum aus ihrer Sicht zu geringen Zollabbau nach der G-20-Formel zu viele Schlupflöcher bestünden, durch die bestimmte Produkte von der allgemeinen Zollsenkungsformel ausgenommen werden können. Sie beziehen sich damit auf die vor allem für Industrieländer interessanten „sensitiven Produkte“ und die nur für Entwicklungsländer gedachten „speziellen Produkte“. Beide können von der allgemein gültigen Zollsenkungsformel ausgenommen werden. Der Marktzugang für sensitive Produkte soll aber durch – geringere – Zollsenkungen und eine gewisse Menge an Produkten, die zu einem reduzierten Zollsatz eingeführt werden können, verbessert werden. Wie spezielle Produkte behandelt werden, ist nach wie vor ungeklärt.

Bei der Zahl der sensitiven Produkte hatte die EU angedeutet, dass sie deren Zahl von den ursprünglich geforderten 8% aller Zolllinien<sup>2</sup> auf etwa 4-5% reduzieren könnte. Die USA beharrten jedoch auf der von ihnen geforderten Obergrenze von einem Prozent.

Noch weiter liegen die Positionen bei den speziellen Produkten für Entwicklungsländer auseinander – in Hongkong wurde beschlossen, dass eine „angemessene Zahl“ anhand von Kriterien der Ernährungssicherheit und ländlicher Entwicklung festgelegt werden soll. Die G-33-Gruppe der Entwicklungsländer mit einem vorwiegend kleinbäuerlich geprägten Agrarsektor hatte schon in Hongkong gefordert, dass 20% aller Zolllinien als „speziell“ deklariert werden können. Der Gegenvorschlag der USA, dass höchstens 5 Zolllinien (nicht etwa 5%) als speziell deklariert werden dürfen, und selbst für diese noch eine spürbare Zollsenkung stattfinden muss, wurde von der G-33 zu Recht als Provokation wahrgenommen. Die Afrikanische Gruppe, die AKP-Staaten und die LDC wiesen den US-Vorschlag gemeinsam mit der G-33 entschieden zurück.

Die EU hat keine klare Position zu speziellen Produkten. An der Frage der speziellen Produkte werden aber auch Konflikte zwischen Entwicklungsländern deutlich. Vor allem die großen Agrarexporteure in der G-20, voran Argentinien, Chile und Thailand, wollen die Zahl der speziellen Produkte ebenfalls deutlich begrenzen und die Anwendung dieser Regel mit zusätzlichen Auflagen versehen. So sollen Produkte, die überwiegend von anderen Entwicklungsländern exportiert werden, nicht als speziell deklariert werden können. Dies beträfe beispielsweise Reis, von dessen Anbau Millionen von Kleinbauern in Indonesien, den Philippinen und Indien leben. Bis jetzt hat sich die G-20 nicht auf eine gemeinsame Position zu speziellen Produkten einigen können.

Keine Bewegung, aber auch weniger Auseinandersetzungen, gab es um den speziellen Schutzmechanismus, mit dem Entwicklungsländer auf einen plötzlichen Importanstieg

---

<sup>2</sup> Zolllinien sind standardisierte Klassifizierungen von Produkten für Zollzwecke. Sie legen fest, auf welches Produkt welcher Zoll angewandt wird. Innerhalb eines international standardisierten Rahmens kann jedes Land diese Kategorien selbst festlegen. Das resultiert in unterschiedlich vielen Zolllinien, je nachdem ob ein Land zum Beispiel getrennte Zolllinien für Blutwurst und Leberwurst festlegt, oder nur eine einheitliche für alle Wurstsorten. Die Zahl der Zolllinien pro Land kann daher im Agrarsektor zwischen mehreren hundert und mehreren tausend schwanken.

reagieren können. Damit bleibt weiter offen, wie dieser Schutzmechanismus genau funktionieren soll, und was einen „plötzlichen Importanstieg“ ausmacht.

Die Hauptkonfliktlinien in den Agrarverhandlungen verlaufen also in den Bereichen interne Unterstützung und Marktzugang. Die USA fordern drastische Zollreduktionen bei relativ geringem Subventionsabbau. Sie verlangen damit im Kern von Industrie- und Entwicklungsländern gleichermaßen, dass sie ihre Märkte für hoch subventionierte Agrarexporte öffnen. Die EU will dagegen ihre Märkte stärker schützen und ist bereit, ihre interne Unterstützung (von einem höheren Niveau ausgehend) stärker abzubauen. Zudem besteht die interne Stützung der EU überwiegend aus garantierten Mindestpreisen über dem Weltmarktniveau – sie behindert damit zwar Importe aus Entwicklungsländern, konkurriert aber weniger mit ihnen auf Drittmärkten. Die USA subventionieren dagegen gezielt Landwirte, die wichtige Exportprodukte wie Soja, Weizen, Mais oder Baumwolle anbauen. Entsprechend liegen die Positionen der EU und der meisten Entwicklungsländer, einschließlich der G-20, in den Agrarverhandlungen näher beieinander als die von EU und USA beziehungsweise G-20 und USA – ganz zu schweigen von anderen Entwicklungsländergruppen. Ohne die harte Haltung der USA hätte ein Kompromiss Ende Juli in Genf wohl in Reichweite gelegen – ob er für die Armen in den Entwicklungsländern von Vorteil gewesen wäre, muss jedoch bezweifelt werden, gerade angesichts der „Gegenleistung“ die auch die EU in den NAMA-Verhandlungen einfordert.

### **NAMA (Marktzugang für nicht-landwirtschaftliche Güter)**

In den NAMA-Verhandlungen haben sich die in der NAMA-11-Gruppe kooperierenden größeren Entwicklungsländer (Argentinien, Ägypten, Brasilien, Indien, Indonesien, etc.) seit Hongkong weiter auf die Industrieländer zu bewegt. Sie sind nun bereit, nur noch zwei Koeffizienten für die „Schweizer Formel“ zuzustimmen.<sup>3</sup>

Sie fordern allerdings, dass die Differenz zwischen dem Koeffizienten für Industrie- und dem für Entwicklungsländer mindestens 25 Punkte betragen soll. Würden die Industrieländer einem Koeffizienten von 5 zustimmen, bedeutete dies entsprechend einen Koeffizienten von 30 für Entwicklungsländer. Die Koeffizienten bilden die Obergrenze für die nach der Schweizer Formel neu festgelegten Zölle. In vielen Entwicklungsländern müssten die angewandten Zölle auch bei einem Koeffizienten von 30 gerade in arbeitsintensiven Industrien zwischen 20% und 50% gesenkt werden, mit den zu erwartenden verheerenden Folgen für die Beschäftigung. Geht man – wie in der WTO üblich – von den gebundenen Obergrenzen für die Zölle aus, steigen die Reduktionszahlen je nach Sektor und Land bis auf 60 oder 70% an. Damit müssten Entwicklungsländer sehr viel größere Einschnitte hinnehmen als Industrieländer. Eine spätere, zeitweise Anhebung der Zölle, um sich entwickelnde Industrien vor überlegener Konkurrenz zu schützen, würde damit in praktisch allen Sektoren unmöglich gemacht. Den Industrieländern geht das (informelle) Angebot der NAMA-11 aber noch nicht weit genug – sie fordern einen Koeffizienten von 15 für

---

<sup>3</sup> Die Ministererklärung von Hongkong spricht nur von Koeffizienten (im Plural!), ohne sich hinsichtlich deren Zahl genauer festzulegen. Die Schweizer Formel reduziert im Ergebnis höhere Zölle stärker als niedrige. Dieser Effekt trifft insbesondere Entwicklungsländer, die im Vergleich zu Industrieländern wesentlich höhere Zölle aufweisen. Der Koeffizient bestimmt in der Formel den Grad des Zollabbaus und letztlich den Höchstzoll.

Entwicklungsländer – was zu noch drastischeren Einschnitten in den angewandten Zöllen für fast alle Sektoren führen würde.

Von der Schweizer Formel wären vor allem die größeren Entwicklungsländer betroffen. Die meisten kleineren Entwicklungsländer haben erst einen geringen Teil ihrer Zölle gebunden – sind also bisher noch keine Verpflichtungen eingegangen. Sie müssten ihre Zölle nicht nach der Formel reduzieren, aber auf dem Niveau der durchschnittlichen gebundenen Zölle aller Entwicklungsländer binden – also bei 28,5%. Es ist noch umstritten, ob dies für 100% der Zolllinien oder weniger, etwa 70% gelten soll. In jedem Fall würde dies für viele Länder ebenfalls eine Reduktion der angewandten Zölle für viele Produkte bedeuten. Nur die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) sind von Verpflichtungen zur Zollreduktion und Zollbindung ausgenommen – es wird allerdings „erwartet“, dass sie mehr Zölle binden als bisher.

In den NAMA-Verhandlungen scheinen gerade die größeren Entwicklungsländer also bereit zu sein, den Forderungen der Industrieländer weit entgegen zu kommen. Die wenig überzeugenden Angebote der Industrieländer zum Abbau der Agrarsubventionen lassen dies im Lichte einer Entwicklungsrunde allerdings nicht wirklich gerechtfertigt erscheinen.

## **Dienstleistungen**

In den Dienstleistungsverhandlungen hat der in Hongkong beschlossene „plurilaterale“ Verhandlungsansatz bisher nicht zu dem befürchteten zusätzlichen Druck auf Entwicklungsländer geführt. Das beschlossene Format, in dem alle Länder, die gemeinsam eine Liberalisierungsanfrage stellen, mit allen angefragten Ländern gleichzeitig verhandeln, scheint im Gegenteil eher den angefragten Entwicklungsländern zu nutzen. Anders als in bilateralen Verhandlungen können sie sich untereinander koordinieren und gemeinsam auf die Anfragen reagieren.

In den Verhandlungen zur Weiterentwicklung der GATS-Regeln gab es nur im Bereich der internen Regulierung nennenswerte Bewegung. Dabei zeichnet sich ab, dass das von einigen Industrieländern eingebrachte Konzept eines „necessity test“ sich nicht durchsetzen können. Es hätte bedeutet, dass Regulierungen des Dienstleistungssektors „nicht handelsverzerrender als nötig“ sein dürfen, um ein Politikziel zu erreichen. Die USA haben sich – wie die Mehrheit der Entwicklungsländer – deutlich dagegen ausgesprochen. Die EU hat sich nicht klar positioniert. Disziplinen in diesem Bereich werden sich daher wohl auf allgemeine Regeln zur Offenlegung von Regulierungen beschränken. Bei den anderen Verhandlungsthemen, öffentliches Beschaffungswesen und Einrichtung eines speziellen Schutzmechanismus, gab es dagegen keine Bewegung.

## **Sonstige Verhandlungsthemen**

Auch den übrigen im Mandat der Doha-Runde definierten Verhandlungsthemen wurde seit Hongkong wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Ausnahmen sind die Verhandlungen über die Präzisierung der Regeln für regionale und bilaterale Freihandelsabkommen und über administrative Handelserleichterungen (trade facilitation).

Zu den regionalen Handelsabkommen, die für WTO-Mitglieder nur unter bestimmten Bedingungen zulässig sind, wurde sogar ein Rahmenabkommen über Berichts- und Informationspflichten der Länder vereinbart, die solche Abkommen eingehen. Damit erhöht die WTO ihre Möglichkeiten, auch dann noch handelspolitischen Einfluss zu behalten, wenn die Doha-Runde sich noch länger hinzieht oder ganz abgebrochen wird, und der Trend zu regionalen Handelsabkommen weiterhin stärker wird.

Die Verhandlungen zu administrativen Handelserleichterungen verlaufen bislang weitgehend konfliktfrei. Bereits in Hongkong wurde eine detaillierte Liste von Themen festgelegt, die in einem möglichen Abkommen behandelt werden sollten. Sie reichen von der Veröffentlichung und einheitlichen Anwendung von Zollformalitäten über transparentere Gebührenordnungen bis zum Informationsaustausch zwischen den Zollbehörden der WTO-Mitgliedsstaaten.

Dagegen gibt es weder bei den Verhandlungen zu Handel und Umwelt noch zu Handel und Entwicklung, einschließlich der Baumwollproblematik, irgendwelche Fortschritte.

### **Wie geht es weiter?**

Der vorläufige Abbruch der Verhandlungen macht das völlige Scheitern der Runde zu einem wahrscheinlichen Szenario. Zumindest der Abschluss innerhalb des Mitte 2007 auslaufenden Verhandlungsmandats der US-Regierung ist nun so gut wie ausgeschlossen.

Nichtsdestoweniger könnte sich eine Entwarnung in Folge des Aussetzens der Gespräche als verfrüht erweisen. Formal hat der Allgemeine Rat der WTO, das höchste Entscheidungsgremium zwischen den Ministerkonferenzen, nur das Aussetzen der eigentlich informellen G6-Gespräche zur Kenntnis genommen. Zum geeigneten Zeitpunkt könnte der Allgemeine Rat auch zur Kenntnis nehmen, dass welche informellen Gespräche auch immer wieder stattfinden. Tatsächlich sind für September weitere Treffen geplant: Brasilien hat die G-20 eingeladen, Australien die Agrarexporteure der Cairns-Gruppe, einschließlich EU-Kommissar Peter Mandelson, der US-Handelsbeauftragten Susan C. Schwab und WTO-Generaldirektor Pascal Lamy. Erklärtes Ziel beider Treffen: die Doha-Runde wiederzubeleben.

Indes scheint Schwab das Auslaufen des Verhandlungsmandats der US-Regierung als Druckmittel einsetzen zu wollen. Um den Kongress zur Verlängerung des Mandats zu bewegen, müsse sich bis zum Frühjahr 2007 ein Ergebnis abzeichnen, das den Abgeordneten attraktiv erscheine, so Schwab. Liefere das bestehende Mandat aus, könne es Jahre dauern, bis ein neues erteilt werde und die Regierung effektiv weiter verhandeln könnte.

Tatsächlich könnten die USA versuchen, den Preis für ihre weitere Beteiligung an den WTO-Verhandlungen weiter in die Höhe zu treiben, indem sie die anderen WTO-Mitglieder zur stärkeren Öffnung ihrer Märkte bewegen. Gelingt ihnen dies, könnte die Regierung die aus haushaltspolitischen Gründen ohnehin angestrebten Kürzungen der Agrarsubventionen intern besser rechtfertigen – die US-Landwirte bekämen zum Ausgleich schließlich einen besseren Zugang zu den Märkten der EU und vor allem der wachsenden Volkswirtschaften Asiens.

Aus entwicklungspolitischer Sicht wäre solch ein Kuhhandel nachteilig. Verlierer wären die Kleinbauern in Entwicklungsländern, die sich der Konkurrenz mit den auch nach einer Reduktion immer noch hochsubventionierten Agrarexporten der USA ausgesetzt sähen. In den NAMA-Verhandlungen bestünde dann vor allem die EU auf weitgehenden Zollsenkungen – als „Kompensation“ für die Marktöffnung im Agrarsektor, die notwendig wäre, um den Interessen der USA entgegen zu kommen – mit entsprechend negativen Konsequenzen für arbeitsintensive Industrien in vielen Entwicklungsländern. Bereits erfolgreiche Exportnationen wie China sind zudem auf weitere Zollsenkungen kaum angewiesen.

Die sich nun abzeichnenden Versuche, die Runde noch kurzfristig zu „retten“, sind daher aus entwicklungspolitischer Sicht vermutlich eher kontraproduktiv. An diesem Befund ändert auch der – eher taktisch motivierte – Verweis auf drohende bilaterale Abkommen wenig, da diese Verhandlungen ohnehin stattfinden. Die Alternative der multilateralen Ebene der WTO oder der bilateralen Ebene gibt es in der Praxis nicht – seit Gründung der WTO ist die Zahl bilateraler Handelsverträge sprunghaft angestiegen.

Der Zug der Doha-Runde fährt nach wie vor in Richtung Marktöffnungsrunde statt Entwicklungsrunde. Ein grundlegender Richtungswechsel in der WTO ist höchstens langfristig erreichbar. Ein endgültiges Scheitern der Doha-Runde wäre vorzuziehen, es könnte sogar alternative Ansätze, etwa die Kooperation der Entwicklungsländer untereinander, stärken.



Die Broschüre zur laufenden Welthandelsrunde – von den Anfängen in Doha 2001 bis zum Juli-Paket vom Sommer 2004

Kostenlos beim EED zu bestellen oder aber auch als Download unter

[www.eed.de/welthandel](http://www.eed.de/welthandel)

Evangelischer Entwicklungsdienst e.V.  
Referat Entwicklungspolitischer Dialog  
Arbeitsstelle Welthandel  
Ulrich-von-Hassell-Str. 76  
53123 Bonn

Telefon 0228-81 01-0  
Fax 0228-8101-160  
[eed@eed.de](mailto:eed@eed.de)

[www.eed.de/welthandel](http://www.eed.de/welthandel)